

Bern, 7. Dezember 2010

Medienmitteilung

Internationaler Währungsfonds: Kredite im Interesse des Arbeitsplatzes Schweiz

Verantwortungslose Gefährdung von Arbeitsplätzen durch SVP und Grüne

Die Eurokrise trifft nicht nur europäische Staaten. Durch den steigenden Franken gefährdet die Eurokrise direkt unsere Exportindustrie und damit den Arbeitsplatz Schweiz, der über die Hälfte seiner Exporte nach Europa absetzt. Gross ist deshalb das Eigeninteresse der Schweiz, dass die Eurokrise nicht zu einer Panik ausartet. Hier spielt der Internationale Währungsfonds (IWF) eine zentrale Rolle als Kreditgeber, der für sein Geld harte Reformen fordert und durchsetzt. Gegen die für den IWF nötigen Kredite droht die Schweiz allerdings ein Veto einzulegen, wenn sie ihren Anteil nicht rechtzeitig bewilligt. Die SVP und die Grünen, welche die verzinnten und bisher immer zurückgezahlten Kredite ablehnen, schädigen durch ihr Verhalten den Arbeitsplatz und letztlich auch den Finanzplatz Schweiz. Sie gefährden zudem den Sitz der Schweiz im IWF-Direktorium, der international unter Druck ist. Abgelehnt hat die FDP die Erhöhung der Entwicklungshilfegelder als Pfand der Linken für deren Zustimmung zu den IWF-Krediten. Die FDP lässt sich nicht auf solche Kuhhandel ein.

Kontakte:

› Nationalrätin Martine Brunschwig Graf, Vizepräsidentin FDP-Liberale Fraktion, 079 507 38 00

› Noé Blancpain, Kommunikationschef, 078 748 61 63

› Philippe Miauton, Pressesprecher, 079 277 68 41